

# Haar-Zeitung

## Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Haar-Zeitung“ erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis (auch unter Bezeichnung ohne Belegkarte) 1,40 Geldmark, durch die Post 1,60 Geldmark und 24 halbjährlich 7,20 Geldmark. Gehalt der Anzeigen-Annahme: zehn Mark vorwärts.

Die Druckerei nach Halle-Zeitung, die Halle 2.01 Geldmark. Druckerei: Hans Promnitz 1. und 2. Braunschweig 17. Druckerei: Garmatz-Druckerei 7431. Druckerei: „Dauerschlag Halle“, Halle-Nachdruck: Zeitschrift Halle, Halle o. G. Halle-Druckerei: Leipzig Nr. 228/5. Verlagsort: a. O. Halle o. G.

### Die vier Antworten.

Die Ententemächte zum Gulaßen.

Nunmehr liegen die Antworten der vier Hauptmächte auf den Befehl der Repfo vor, die Vorschläge der Sachverständigen als Ganzes anzunehmen. Schon die oberflächliche Prüfung der Antworten zeigt grundsätzliche Unterschiede, die dadurch nicht geringer geworden sind, daß Poincare in seinen Reden abgelehnt hat, seine widerrechtlich ergriffenen Pfänder preiszugeben. Während die englische Antwort nüchtern und klar ausspricht, daß die Regierung MacDonald bereit sei, unverzüglich mit den Verbündeten in Beratung darüber einzutreten, um die wirtschaftliche und fiskalische Not der besetzten Gebiete wieder herzustellen, ergeht sich Poincares Antwort in Winkeltönen und Vorbehalten. Erst soll Deutschland alle Ausfuhrungsbeschränkungen erlassen, dann erst will Frankreich mit seinen Verbündeten prüfen, unter welchen Bedingungen die widerrechtlichen Pfänder zum Gegenstand eines Austausches oder einer Verpfändung gemacht werden können.

Es ist nun zu beachten, daß die französische Antwort nur von der Wiederherstellung der wirtschaftlichen und fiskalischen Einheit spricht, daß aber nichts über die Wiederherstellung der Verwaltungshoheit gesagt wird. Begrifflich ist sie nicht ohne weiteres in der Steuer- und Wirtschaftseinheit enthalten, obgleich es gerade für Deutschland nicht gleichgültig sein kann, daß es vor allem über das Ruhrgebiet und die Rhein- und Ruhrhöfen die volle politische Hoheit zurückerhält. Die Wirtschafts- und Steuereinheit befreit zwar die Zollgrenze, befreit auch die Mietverträge, läßt in dessen die Möglichkeit offen, daß französische Truppen im Ruhrgebiet bleiben, woraus sich ohne weiteres auch eine Einschränkung der Verwaltungshoheit ergibt.

Die englische Antwort verweist darauf, daß Deutschland hinsichtlich neuer Bürgschaften und Kontrollmaßnahmen, soweit sie aus den Vorschlägen der Sachverständigen hervorgehen, seine Zustimmung gegeben habe. Auf Grund dieser Zustimmung will die englische Regierung die notwendigen Schritte tun, um sie wirksam und angemessen auszuführen. Wir dürfen uns seiner Täuschung darüber hingeben, daß es sich hier um den verhängnisvollen Angelpunkt handelt. Die Vorschläge der Sachverständigen setzen ein so umfassendes Aufsichtsrecht vor, da wir nach der Ausführung auch in den unbefetzten Gebieten ein wirtschaftliches und fiskalisches Hoheitsrecht nicht mehr besitzen. Es fragt sich, ob für Frankreich dieser Preis angemessen ist, insbesondere, ob es nicht verfehlt, die Bedingungen, so zu verschärfen, daß buchstäblich ganz Deutschland zu einem besetzten Gebiet wird.

Die Reichsregierung hat sich für die Annahme des Berichtes ausgesprochen. Sie kann sich auf die Zustimmung der großen Wirtschaftskräfte stützen. Zu dem Reichsverband der Industrie, zum Industrie- und Handelsrat hat sich nun auch der Deutsche Landwirtschaftsrat gestellt. Der Reichsrechnungsrat hat sich in Bremen in einer Weise über das Gutachten geäußert, daß wohl annehmbar ist, daß das die Auffassungen der Reichsregierung wiederlegt. Das Gutachten der Dawes-Gruppe ist eine Verhandlungsgrundlage, aber es ist noch nicht die Lösung des Wiederherstellungsproblems hinsichtlich.

Die Antworten der vier Hauptmächte lassen erkennen, daß über die politische Seite des Problems noch kein Einverständnis erzielt ist. Wir können alle denkbaren Gesetze und Verordnungen erlassen, wir wissen aber noch nicht, ob das unbedingt zur Befreiung von Rhein und Ruhr führt. Die französische Antwort reht nur von der Wirtschaftseinheit, während die Vorschläge der Sachverständigen zweifellos auf die Wirtschafts-

### Wahlaufruf der Reichsregierung.

Die Reichsregierung erläßt folgenden Aufruf: Der Wahltag am 4. Mai ist Schicksalstag für das deutsche Volk. Der neue Reichstag wird über Gedeih und Verderb unseres Reiches die Entscheidung fällen müssen. Als Reichsregierung ist es unsere Pflicht, allen Bürgern die Bedeutung gerade dieser Reichstagswahl eindringlich vor Augen zu führen. Wir vergessen zu schnell, denkt zurück an die Zeit der wahnwitzigen Geldentwertung! Erinnert Euch an die Lage des verarmten Volkes, wo nur den Tausenden die Millionen, aus den Millionen die Milliarden, den Milliarden die Billionen wurden. Da war das Ende nahe, da standen wir wütend vor dem Verderben. Wehe, wenn damals der drohende Untergang nach rechts oder links die Oberhand gewonnen hätte!

Wir sind nicht in den Abgrund geführt, wir sind nicht der Verzweiflung zum Opfer gefallen. Die Staatsgewalt hat sich behauptet, das Reich ist nicht zerbrochen. Aber alles haben wir daranzusetzen müssen, haben mühen, gesamte Maßnahmen ergreifen müssen, um im letzten Augenblick mit äußerster Kraft schon vergebender Opfer den Zusammenbruch aufzuhalten. Große Gefahr hat die Rettung vor dem Untergang geordert, und wir werden noch weiter schwere Lasten auf uns nehmen müssen, ob wir wieder ganz geliderten Boden unter den Füßen haben. Aber wir haben doch wieder die feste Mark, die entscheidende Arbeitsschlüssel ist im Schwunden, in Staat und Wirtschaft, in Gemeindegeld und Einzelhaushalten können wir wieder mit Gott und haben, mit festen Grund und festem Boden rechnen.

Erst und eindringlich aber sei es gesagt: Jedes Wüten von dem von uns beschränkten Wege der Ordnung und Barmut wird das Ende des Reiches, das Verderben des Volkes sein. Nur durch Arbeit und Opfer werden wir den Weg aus dem Abgrund in die Freiheit finden. Nur die von ausländischen Sachverständigen im Auftrag ihrer Regierungen erstatteten Gutachten wollen wir zu einer Lösung der Repfo-

hoheit abjelen. Das tut auch die englische Antwort, so daß sich hieraus schon der grundsätzliche Unterschied der Auffassungen ergibt, mit dem England und Frankreich an den Dawes-Bericht herangegangen sind. Die Wirtschaftseinheit ohne Verwaltungshoheit ist ein Messer ohne Klinge, mit dem wir umweniger anfangen können, als sich aus dem Mangel der Verwaltungshoheit immer neue Eingriffe und Strafmaßnahmen ableiten lassen.

Nun hat Graf Kautz in Bremen nachdrücklich unterstrichen, daß wir vor allem das besetzte Gebiet erlösen müssen. Wir wollen jeden tragbaren Preis dafür zahlen, aber wir müssen wissen, daß die Opfer, die wir zu bringen bereit sind, über dieses Ziel erweisen. Die Antworten der Verbündeten lassen als Ganzes nur erkennen, daß der Weg dazu noch unendlich weit ist. Frankreich hat es vermieden, deutlich Farbe zu bekennen, denn die Formel, in der sich Poincare ausspricht, Frankreich wolle sich dem Befehl der Repfo, das Gutachten als Ganzes anzunehmen, nicht widersehen, wird abgelehnt durch den Vorbehalt, daß nur die Wiederherstellung der Wirtschafts- und Steuereinheit in Frage komme. Aber auch das wird in zeitliche Ferne gerückt, weil Frankreich erst den vorgeschlagenen Plan zur Ausführung gebracht wissen will!

Daß das unter französischen Bonneten nicht möglich ist, weiß Frankreich, weshalb die Vorbehalte und Winkeltöne nichts anderes sind als ein Versuch, das Gutachten aufzulegen zu lassen. Dann bleibt nach Poincares Auffassung alles lo wie es ist — ebenso bleiben die französischen Truppen am Rhein und an der Ruhr.

### Morgan zur Anleihe.

Zu den Weisungen Vizepräsident Morgans in Paris schreibt der „New York Herald“: Wir sind in der Lage, festzustellen, daß seine Eingeständnisse der internationalen Anleihe auch nur zur Sprache gekommen sind, da diese von anderen internationalen Faktoren, insbesondere davon abhängen, daß in ganz Europa ein allgemeiner guter Wille bemerkt werde. Morgan soll erklärt haben, daß mit der Ueber-

razionsfrage, zur Befreiung unserer Brüder an Rhein und Ruhr gelangen. Auch die Vorschläge der Sachverständigen fordern von uns die allergrößte Opfer, aber sie wollen die uns höchstnützliche Gewalt erziehen durch Gesundheit und Forderungen wirtschaftlicher Barmut. Das bedeutet für uns als wehrloses Volk einen Fortschritt.

Seligen die Gegner dieser Politik einen anderen Ausgang aus unserer Bedrängnis: Rhein, sie beschränken sich darauf, die Arbeit der Reichsregierung herabzusetzen und gegen die Gutachten der Sachverständigen die Volkseindringlichkeit aufzuspielen. Was wäre die Folge, wenn ihnen die Möglichkeit geboten würde, ihre Worte wahrzumachen und nach ihrem Willen das deutsche Volk zu regieren? Die Folge könnte nur sein: Bedingungslos Unterwerfung mit Hinnahme neuer schwerer Demütigungen oder der Krieg gegen die ganze Welt. Wer unter deutsches Volk wehrt, der wird alles daran setzen, um es vor diesem Schicksal zu bewahren. Nur das ist wahrhaft nationale Politik.

Darum, deutsche Männer und Frauen, gebt nicht den Leuten eure Stimmen, die unter den 23 verschiedenen Parteien Euch die größten Hoffnungen machen und Euch in der Stunde der Gefahr im Stich lassen. Wählt sorgsam, als Ihr eure Stimme einem Bewerber gebt, der, von Verantwortungsgesühl durchdrungen, die Gewähr für die Erhaltung des Friedens bietet. Nur dann wird die Wahrung vor neuem Verfall und die Wirtschaft vor einzigem Zusammenbruch gesichert, nur dann merkt Ihr einen Rest von Sommer, der den Frieden bewahrt und Arbeit schafft, der Freiheit erntet und das Reich erhält.

Ein harter Kampf wird am 4. Mai ausgefochten werden. Zu diesem rufe das Vaterland auch den letzten Mann, Weib, Kind, den letzten Mann und Frauen, erhebt alle eure Stimmen! Es gilt Deutschland, es gilt den Frieden, es gilt die Freiheit, es gilt das Glück unserer Kinder! Die Reichsregierung.

nahme eines sehr erheblichen Teiles der ersten Anleihe von 800 Millionen Goldmark durch Amerika gerechnet werden könne, wenn man in den Vereinigten Staaten die Ueberzeugung habe, daß die Alliierten und Deutschland in einem neuen Geisteskreis und wirtschaftlichen Zusammenwirken sich auf den Dawesplan einig hätten. Jedes hängt viel davon ab, in welcher Form diese Einigung zustande kommt und inwieweit die Regierungen die Absicht beabsichtigen, in Zukunft Frieden zu halten. Morgan ist wie die englischen und französischen Bankiers der Ansicht, daß über den Zeitpunkt der Auflegung irgendwelcher Anleihe für Deutschland nicht sofort eine Entscheidung getroffen werden kann, da dies von einer Sonderregelung abhängig ist, die die Zustimmung Deutschlands bedarf muß.

Die „Chicago Tribune“ hebt hervor, daß Morgan die sofortige Durchführung der Dawesplan Vorschläge ohne politische Veränderungen und Erklärungen verlangt habe.

Nach Berliner Meldungen werden in der heutigen Unterhaltung Poincares mit Reunis und Demans die auf eine solche und unverschiebbare Durchführung des Sachverständigenplanes drängen, um damit die Unterbindung der ersten Anleihe von 800 Millionen Mark sicherzustellen. Sie werden ferner darauf hinwirken, daß der Plan von der wirtschaftlichen Autorität im engen Zusammenhang mit der Garantie und Pfänderfrage liegt. In der Berliner Meldung wird weiter berichtet, daß nach Aufhebung der belgischen Minister die Umklammerung des Ruhrgebietes nur gegen Erhalt bestimmter Garantien abgedeckt werden könne.

Die italienische Ruhrpolitik. Am 28. April. Die „Agenzia Stefani“ demontiert in bündiger Form die Nachricht über Abmachungen der italienischen und französischen Schwermetalle und die Entsendung italienischer Ingenieure in das Ruhrgebiet.

In der Selbstführung der Ricum ist eine Aenderung eingetreten, indem die Stalener, die vor nordrhein in der Hauptleitung der Ricum durch einige Herren vertreten waren, im Laufe der Zeit auch in einigen Unterabteilungen der Ricum eine Beteiligung an der Geschäftsführung zugestanden erhielten.

### Die Folgen einer Ablehnung.

Dr. Stresemann über das Sachverständigen Gutachten.

Reichsaussenminister Dr. Stresemann sprach am Abend in einer Versammlung der Deutschen Volkspartei in Berlin. Er wies darauf hin, daß der neue Reichstag vor den größten außenpolitischen Entscheidungen stehen werde, wie sie so groß nach Versailles noch nicht dagewesen seien. Dr. Stresemann warnte vor den Illusionen der Zeitungsblätter, mit denen sich keine verantwortliche Politik machen lasse. Für den Abbruch des Biederhandes an der Ruhr dürfe man ihn nicht verantwortlich machen, da er nicht von Anfang an den Kommandobefehl in diesem ungleichen Kampf geführt habe. Der durch den Abbruch des Ruhrvertrandes gemachte letzte Versuch, die Gefangenen frei zu bekommen, sei vergeblich geblieben. Unerbörte Demagogie seien die Wortführer wegen der Zahlung der Weisungsgelder, die doch in Wirklichkeit für die deutschen Brüder an Rhein und Ruhr gezahlt wurden, um ihren unerträglichen Leiden ein Ende zu machen. Das Sachverständigen Gutachten gebe Deutschland recht, das es für 1924 in der Tat keine Zahlungen leisten müsse. Dadurch werde die französische Ahefe, wonach Deutschland als böser Schuldner keine Reparationen zahlen müsse, widerlegt. Jedes Volk, das es als selbstverständlich an, daß es keine Zahlungen leisten könne, wenn es keine Verhältnisse habe. Nur für Deutschland habe dieser Satz bisher nicht gegolten. Dr. Stresemann wies dann den Vorwurf, daß das Gutachten eine Schuldnerschaft bedeute, zurück. Wir hätten ein Interesse daran, daß fremde Hände an Deutschland und seiner wirtschaftlichen Entwicklung untereignet werden. Auch der Reichsverband der Deutschen Industrie habe das Gutachten als Verhandlungsgrundlage angenommen.

Die entscheidende Voraussetzung des Sachverständigen Gutachtens sei die Erhaltung der deutschen Souveränität. Wir müssen wir uns klar sein, daß Rhein und Ruhr für absehbare Zeit verloren wären. Poincare würde dann freie Hand gegen uns haben und die ganze Welt gegen uns sein.

Dr. Stresemann wies im weiteren Verlauf seiner Rede auf die Zeit vor hundert Jahren hin, die ein getreutes Bild der Gegenwart ist. Wenn man keine Waffen habe, aber sie zuweilen, als ob ein ganzes Heer hinter einem Felsen, so sei das unabweisbar. Jetzt gäbe es in Paris Wahlfakate, die mit den Vorkriegspropaganda maßen. Gegenüber einer beschränkten Regierung in Paris, die die innere Politik erledigt, Dr. Stresemann, daß man nur mit denen zusammengehen dürfe, die schon im Kaiserreich national gewesen seien. Das große Erlebnis der Augusttage des Jahres 1914, wo es keine Parteien gab, werde er nicht vergessen. Die Verleumdung der Sozialdemokratie als Dummheit vor allem der Mitarbeit der Sozialdemokratie zu verurteilen, die den Gegensatz von Theorie und Praxis darlegte habe. Ganz anders als vorher sei das deutsche Gefühl und das Nationalbewußtsein erlöst. Auch die Fühler der Industrie sagten jetzt, daß wieder Hoffnung auf Ruhe, Erbauung und Wiederaufbau vorhanden sei. Das Jahr, in dem die Deutsche Volkspartei im Schlagsatz der Verantwortlichkeit stand, habe also seine guten Früchte getragen.

### In drei Zeilen.

In Tokio darunter, wie von dort geteilt wird, die erregten Volkstimmungen gegen das amerikanische Einwanderungsgesetz fort. Den nationalen Vereinigungen wird ein Plan aufgestellt, eine verstärkte Abwanderung nach Mexiko und den anderen mittelamerikanischen Staaten sowie nach Südamerika zu organisieren.

In den Vereinigten Staaten rührt sich auch die Opposition gegen das von vielen Seiten als unfaßbar angelegene Gesetz.

„Temps“ meldet, daß die englisch-russische Konkurrenz, verlegt worden ist. Sie soll erst wieder zusammenzutreten, wenn der mit der Frage der Weisung betraute Ausschuss seinen Bericht unterbreitet hat.

Am 24. April wurde von den Beschlüssen die (Eisenbahn)unternehmer über den direkten Verkehr und Güterrechte zwischen der Republik Polen und den Sowjetstaaten unterzeichnet. Auf Grund dieser Konvention wird der normale Verkehr und Güterverkehr zwischen Polen und Sowjetland wieder aufgenommen.

# Anmachungen der Rheinland-Kommission.

Die Rheinlandkommission erläßt eine neue Verordnung Nr. 257 betr. militärisches Unterrecht...

„Jedem Bewohner der besetzten Gebiete ist es unterlagt, in unbeschädigten deutschen Gebieten an irgendwelchem öffentlichen oder privaten militärischen Unterrecht teilzunehmen...“

„Jedem Beamten und jeder in besetzten Gebieten wohnhaften oder sich aufhaltenden Person ist es unterlagt, an irgendeiner Mobilisationsmaßnahme oder an einer Maßnahme, welche auf Mobilisierung ausläßt, teilzunehmen...“

Aus den Strafmaßnahmen ist folgendes herzuheben: „Diejenigen, welche sich Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen zuzuschreiben lassen...“

Vor einigen Monaten forderte die Besatzungsbehörde von der Stadterhaltung Düsseldorf den Bau einer Artilleriekaserne. Die Stadterhaltung lehnte dies ab, Nummern wurde die Stadterhaltung aufgefordert, mit dem Bau der Kaserne sofort zu beginnen...“

Die sozialdemokratische „Mainzer Volkszeitung“ wurde wegen der Veröffentlichung eines Artikels über die Besatzungsbehörde auf drei Tage verboten. Die Rede ist in anderen Teilen der besetzten Gebiete, z. B. in Koblenz, unbekannt erschienen.

Nachdem vor einiger Zeit bei der Reichsanstalt in Mainz durch eine Abordnung der französischen Besatzungsbehörde ein Betrag von 40 890 Goldmark angefordert für drei wöchentlich des postellen Wilderlandes vorgekommenen Eisenbahnabfertigungen...“

## Ther. Ra.

Der einzige Exportrichter, den Ausland besitzt, ist der Kommunismus. Weil man seine Werte ausführen hat, hat man auch kein Geld für Einfuhr...“

# Das Glück der Ingrid Wendland.

Roman von Erich Freiden.

„Sie wissen es nicht? Ich habe, Sie wissen es nicht? Ich habe, Sie wissen es nicht? Ich habe...“

„Ich habe mich nicht mehr erboten! Ich habe mich nicht mehr erboten! Ich habe mich nicht mehr erboten!...“

# Wahlversammlungen der D. V. P.

## Ministerpräsident Leutheusser in Halle

Der hiesige Ministerpräsident Dr. Leutheusser, Weimar, sprach am Abend des 24. d. d. in Halle in der Wahlversammlung der D. V. P. im Namen der Deutschen Volkspartei die Führer, und verlas eine Kundgebung der Partei an die Deutschnationale Volkspartei...“

„Wir wollen frei sein wie die Väter waren.“ Dieser Wunsch ist die Basis der D. V. P. Er hat in der Vergangenheit schon öfters in der Vergangenheit schon öfters...“

Partei gehören, ist jetzt verabschiedet worden: Sie hat, wie die „Zukunft“ Zeitung“ ausführlich mitteilen in der Lage war, nicht nur Waffen und Sprengstoffe, sondern auch...“

„Der Kommunismus ist die größte Gefahr der Menschheit.“ Diese Worte sind die Basis der D. V. P. Er hat in der Vergangenheit schon öfters...“

Das alles geschieht auf Vorkost nach dem, was die D. V. P. in der Vergangenheit schon öfters...“

Trauerkundgebung für Helfferich. In einer feierlichen Kundgebung wurde die D. V. P. in der Vergangenheit schon öfters...“

Professor Maximilian Sinsius war ganz verblüfft über den Behauptungsausbruch des ungeliebten Kindes. Baldig legte er sich seinen Kräfte aus und beugte sich über das dem...“

Viele Anklagen sind gegen uns erhoben worden. Wir sind unbeschädigt. Die Anklagen sind unbeschädigt. Die Anklagen sind unbeschädigt...“

„Heute ist es die Kräfte zusammen zu fassen. Der Geist steht nicht rechts, auch nicht links. Er steht im Westen am Rhein...“

„Der Gemeindefrat in Berlin gegen die „Gemeindefrat“...“

„Der öffentliche Anbauarbeiter.“ Ähnlich bei öffentlichen Anbauarbeiten...“

Freunde seiner Heimatstadt, aber alle alle alle lebt die Wohnung: Und im Unklid nun erst recht! Nach einem himmelsvoll vorgetragen...“

## Aus der Wahlbewegung.

Die Deutschnationalen und die hannoversche Freie. Die Deutschnationalen und die hannoversche Freie...“

## Verbotenes Deutschnational-Wahlplakat.

Das Wahlplakat für das Wahlplakat der Deutschnationalen Volkspartei...“

„Wer ist national?“ Diese Frage ist die nationalste, die ohne Rücksicht auf sich selbst dem Vaterland die größten Opfer zu bringen bereit ist...“

# Wer ist national?

„Wer ist national?“ Diese Frage ist die nationalste, die ohne Rücksicht auf sich selbst dem Vaterland die größten Opfer zu bringen bereit ist...“

# Deutsche Volkspartei

Wählt Deutsche Volkspartei! Cite Dr. Cremer, Mühsche, Brenner Cite Nr. 12 des amtlichen Stimmzettels.

„Ich war noch nie eingestiegen, das er nicht“... „Zeit sollte ihm der Gedanke schwer auf der Seele.“... „Wahrheit ermahnt plötzlich das Unwahre, ja...“

„Sein tonicautes Schmecken wurde ihr unheimlich.“... „Wahrheit ermahnt plötzlich das Unwahre, ja...“